

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 08.Aug.2019

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14 (VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11)
Berlin

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz gegen eine Berliner Mauer des Schweigens und Leugnens wegen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 mit bundesweiter Sippenhaft unter Verantwortung einer regierenden Generation seit 1998 **mit einer verfassungswidrigen Gerichtsstrategie im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**

mit kapitalen Vermögensschäden bis zu staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang eines Pfändungsschutz-Kontos **mit Opfer-Kriminalisierung des klagenden Zerschlagungsopfers** trotz/ wegen eines herausragenden Lebenswerkes des mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa seit 2010

mit Opfer-Kriminalisierung des verstorbenen Zerschlagungsopfers am Geburtsort

mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit Zerschlagung eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs unter Missbrauch von Regionalwahlen für eine Volksjustiz

mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten, wegen seiner Verantwortung für die gigantischen Umverteilungspolitik und perversen Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Kanzleramtschef (1999-2005)

Hier: Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
(Kläger und Zerschlagungsopfer/Justizopfer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Opferkriminalisierung und Sippenhaft)

gegen **Bundesrepublik Deutschland**,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1,
10557 Berlin (Beklagte)

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens

Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klageschriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens

In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheinbar bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !

Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann

Derart skandalös: Warum?

Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft

Politisch motivierte Zerschlagungen

nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter

Zerschlagungsopfer musste

scheinbar die ganze Wahrheit ausgraben

gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer

Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht

Staatliches Unrecht ist das Resultat einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter

134. > 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten gegen Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter Verantwortung von

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)

> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

> **8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens:**

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter

> **Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft**

> **Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

> **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunksperrre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

> **Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

> **Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

**135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten**

21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz

9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!

Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist

Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln 132 bis 135 und mehr sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>

Zu 132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens

Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsofopfers vom 2.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

Das Zerschlagungsofopfer politisch motivierter Sippenzerschlagung hat mit Schriftsatz vom 02.Jan.2019 zum wiederholten Male an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution erinnert. Die Erinnerung umfasst folgende Kapitel:

Kapitel 129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens mit wiederholtem Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998 (20 Jahre bitteres Unrecht) Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit **Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden**, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsofopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 130. Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsofopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsofopfer) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen Zerschlagungsofopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz

Kapitel 131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft gedeckt mit Mauer des Schweigens unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:

Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?

Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?

Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?

Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?

Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für

politisch motivierte Sippenzerschlagung

mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und

mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden

Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen,

diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen

Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale

Evolution in Deutschland und Europa

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln 129 bis 131 sind zusätzlich in einer vernetzten Internet-Doku einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 296)

Warum ist diese Stellungnahme des Bundeskanzleramtes nicht hinnehmbar?

Der Kläger-Schriftsatz vom 02.Jan.2019 umfasst 45 Seiten

Faktenlage mit den zusätzlichen Kommunikationsmöglichkeiten einer vernetzten Internet-Dokumentation.

In einem Schreiben von 4/3 Seitenlänge antwortet die **Beklagte**

> mit Adresse und Kopfinformationen im Umfang von 2/3 Seiten

> mit einer **erneuten Diskriminierung** von 1/3 Seite unter Bezug auf ein Schreiben vom 29.Aug.2014 eines Staatsanwalts Dr. Thomas Pfeiffer

> mit dem Hinweis von 6 Zeilen, dass das Bundeskanzleramt für die Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten nicht zuständig sei, ohne es aber nicht zu unterlassen, eine solche Anspruchsberechtigung des Zerschlagungsopfers in Zweifel zu ziehen.

Gegen einen höflichen Dank an das Gericht auf einem separaten Anschreiben der Beklagten ist nichts einzuwenden. Es ist aber anzuprangern, wenn

höflicher Dank dazu missbraucht wird, um eine richterliche Akzeptanz für eine erneute Opfer-Diskriminierung zu erkaufen, Diskriminierung bezeichnet eine Benachteiligung oder

Herabwürdigung von Gruppen oder einzelnen Personen nach

Maßgabe bestimmter Wertvorstellungen oder aufgrund unreflektierter, z. T. auch unbewusster Einstellungen, Vorurteile oder emotionaler

Assoziationen.

Zu 133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens

In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheinbar bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !

Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann

Derart skandalös: Warum?

Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft

Politisch motivierte Zerschlagungen

nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

**Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter
Zerschlagungsopfer musste**

scheinbar die ganze Wahrheit ausgraben

gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch

Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer

Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht

Staatliches Unrecht ist das Resultat einer

kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998

mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit

nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter

Diese Stellungnahme hat eine skandalöse Kürze (2/3 Seiten), hat keinen Bezug zum Schriftsatz vom 2.Jan.2019, unternimmt trotz der Kürze einen wirklich untauglichen Versuch, einen mehrjährigen Bogen zu spannen bis zum Schreiben eines **Staatsanwalts Dr. Thomas Pfeiffer** vom 29.Aug.2014, also vor 5 Jahren.

> Tatsache ist, dass vom Zerschlagungsopfer seit 2014 keine

Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mehr zu erhalten war:

Nach 8 Jahren Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens

hat sich überdeutlich ergeben, dass politisch motivierte

Sippenzerschlagung mit Todesopfer und mit Menschenrechte

verachtende Opferkriminalisierung das Werk

skrupelloser Staatsanwälte ist, die angewiesen waren und sind, eine

Menschenrechte verachtende Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik seit 1998 durchzusetzen.

> Tatsache ist, dass diese Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 von einem Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005), dem

heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, zu

verantworten ist.

> Tatsache ist, dass diese Menschenrechte verachtende

Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 in 2005 von der

heutigen Bundeskanzlerin übernommen worden ist und bis heute mit

einer Opfer kriminalisierenden Justiz fortgeführt wird, indem trotz

erdrückender Beweislage eine längst überfällige Rehabilitierung und Schadenersatz unterdrückt wird.

> **Tatsache ist die heimtückische Ausführung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik:** Die Staatsanwälte wussten, wer zerschlagen werden sollte, die Opfer der Sippenzerschlagung selbst wussten es nicht. Das lebende Zerschlagungsopfer hat enorme Anstrengungen zu einem "Comeback" unternommen. Die Staatsanwälte wollten aber Zerschlagung der gesamten Sippe. Mit der erzwungenen Einstellung der Congressmessen sind alle Einnahmen weggebrochen: **Totale Enteignung ohne Schadenersatz.** In 2010 waren alle Altersrücklagen, ansehnliche Altersrücklagen, aufgebraucht, sodass die monatlichen Beiträge zu sozialen Pflichtversicherungen eingestellt werden mußten und ein Pfändungsschutzkonto angelegt werden musste. Seitdem muss das Zerschlagungsopfer Opferkriminalisierungsverfahren mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter über sich ergehen lassen.

> **Tatsache ist,** dass der ordentliche Rechtsweg für den Anspruch auf Schadenersatz und für den Rückgriff nicht ausgeschlossen werden darf (Art.34 GG). Tatsächlich wurden bis heute alle Schadenersatzverfahren am Landgericht Wuppertal trotz erdrückender Beweislage unterdrückt: Sieh

Anlage VB-10 (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19)

Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15

(Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).

Anlage VB-11

Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit

> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 77)

> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017

> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> **Tatsache ist,** dass seit 1998 Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sippenzerschlagung stattfindet und dass in 2019 eine Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer **von der Staatsanwaltschaft Wuppertal betrieben wird**

Daher ist es garantiert nicht **nur eine "Streitigkeit"**, in der die Bundesrepublik Deutschland vom Bundeskanzleramt zu vertreten ist. Eine kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, eine politische Umverteilungs- und Zerschlagungsjustiz mit Menschenrechte verachtender Opferkriminalisierung ist keine Streitigkeit, **sondern ein Jahrhundert-Unrecht, das vom Bundeskanzleramt seit 1998 zu verantworten ist.**

Unerträglich ist die juristische Zerschlagung der politisch motivierten Sippenzerschlagung

auf Verwaltungsgerichte, Landgerichte, Amtsgerichte und auf Sozialgerichte:

Verfahren der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen, mit Ausnutzung durch Mittäter und **mit Opferkriminalisierungsverfahren** wegen staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto, mit Steuerung durch beauftragte Staatsanwälte:

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 (AR 3761/19) wegen Opferkriminalisierung: Sieh

Anlage VB-0

Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)

Verfassungsbeschwerde vom 30. Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Anlage VB-12

Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)

Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth

Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert) mit paralleler Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs, weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht Wuppertal aufgeräumt hat.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 34)

Rehabilitierung in der Rechtssprache bedeutet Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht, hier in einem kaum vorstellbarem Ausmaß mit Zerschlagung der Opfer-Identität. Bis heute gibt es Null Wiedergutmachung.

Staatliches Unrecht ist das Resultat einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

mit politisch motivierten Zerschlagungen,
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit Sippenhaft (politisch motivierte Sippenzerschlagung)
unter Mittäterschaft bayerischer Verwaltung (Zerschlagung 2),
unter Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3),
mit Opfer-Kriminalisierungsjustiz unter Mittäterschaft des Versicherungsträgers für soziale Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung / Zerschlagung 4 und psychische Zerschlagung / Zerschlagung 5 mit mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel Opfer kriminalisierender Erzwingungshaft).

Die skandalöse Stellungnahme des Bundeskanzleramtes im Umfang von 4/3 Seiten mit Fortsetzung der Diskriminierung findet nach über einem halben Jahr zu dem genannten Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2. Jan. 2019 statt. Hiermit wird nicht nur das Zerschlagungsopfer diskriminiert, sondern auch das Gericht kompromittiert, weil das Gericht bei einem klagenden Bürger eine Antwort innerhalb von 2 Wochen erwartet. Ein angemessener Beschluss des Gerichtes ist längst überfällig.

Das Zerschlagungsopfer hat mit seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und mit seinem professionellen Verlagsservice für ISBN-nummerierte Congressbände das Fundament der Digital-Branche in Deutschland gelegt. Wenn das Zerschlagungsopfer mit Weltklasse-Höchstleistungen das Fundament einer deutschen Digital-Branche legen kann, kann es auch 1 und 1 zusammenzählen, um politisch motivierte Sippenzerschlagung zu erkennen.

Nach 2003 waren die Europäischen Congressmessen vorbei, erzwungen mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000. Sie sind das herausragende Lebenswerk des klagenden Zerschlagungsopfers, sie waren eine Weiterentwicklung der **herstellernerneutralen ONLINE-Seminare**, der führenden Seminarreihe für IT und Telekommunikation in Mitteleuropa (D/A/CH), die vom Zerschlagungsopfer als Unternehmensberater in den 1970er Jahren ausgearbeitet und in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt wurden. Ohne Subventionen.

Mit seinen Congressmessen hat das Zerschlagungsopfer Innovationstransfer und Innovationswachstum professionalisiert. Ungeheuerlich ist der Vorwurf der **"gewinnbringenden Ausrichtung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH"**. **Hier wird wohl absichtlich "gewinnbringend" und "kostendeckend" vertauscht. Darüber hinaus ist die professionelle Qualifikation als besonders positiv zu bewerten, wenn diese Qualifikation auch noch gewinnbringend einsetzbar ist, um eine ständige Weiterentwicklung zu erreichen.** Das Zerschlagungsopfer hat diese Qualifikation auf eigene Kosten aufbauen und weiterentwickeln müssen. Ohne Subventionen. Gewinne wurden für Investitionen in die Weiterentwicklung der Congressmessen genutzt.

Gewinnorientiert war auch die Weltmesse CeBIT der Deutschen Messe AG. Sie hat maximal profitiert vom professionellen Innovationstransfer der Europäischen Congressmessen. Nach Zerschlagung der Congressmessen hatte sie allerdings keine Chance mehr, weil das digitale Innovationswachstum nach USA und Fernost abgewandert ist.

Es ist schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers, weil alle von dem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 beschädigten Personen und Institutionen staatliche Unterstützung erhalten haben: z.B. Verlustausgleich von 250 Mio EUR an CeBIT/Deutsche Messe AG Hannover durch staatliche Anteilseigner im Jahr 2009. Der Verlustausgleich in 3-stelliger Millionen-Höhe wurde allerdings in den Sand gesetzt. Trotzdem: CeBIT Aus und Ende in 2018, weil ohne Innovationswachstum eine Weltmesse keine Chance hat.

Das Zerschlagungsoffer musste in 2007 mit Hilfe eines Rechtsanwalts auch noch staatsanwaltschaftliche Übergriffe wegen angeblicher Insolvenzverschleppung abwehren.

Bei der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für 3G-Mobilfunknetze wurde mit dem weltweit größten Auktionsbetrag der Missbrauch des TKG maximiert und mit Missbrauch verheerender Folgewirkungen eine kriminelle Branchenumverteilungs- und Zerschlagungspolitik heimtückisch umgesetzt,
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:
**unter der Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier als
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
und unter der Amtszeit von
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)**

Ist dem Bundeskanzleramt bekannt,
dass vom Zerschlagungsoffer bereits in 1976 ein 3-tägiges Symposium über die Ergonomie des Mensch/Computer-Dialogs organisiert und durchgeführt wurde?

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_76.pdf

Ist dem Bundeskanzleramt bekannt,
dass vom Zerschlagungsoffer bereits in 1977 ein 3-tägiges Symposium über Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen organisiert und durchgeführt wurde?

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_77.pdf

Mit dem Symposium wurde die Einführung des Bundesdatenschutzgesetzes BDSG unterstützt und als Themenschwerpunkt in den Congressmessen weiterentwickelt.

Ist dem Bundeskanzleramt bekannt,
dass auf unseren Congressmessen z.B. bereits in 1987 ein Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Es ist äußerst peinlich und beschämend, wenn eine deutsche Bundeskanzlerin in China oder ein deutscher Bundeswirtschaftsminister in Kalifornien **Künstliche Intelligenz** bestaunt.

Vom Bundeskanzleramt wird weiter diskriminiert, was das Zeug hält, und nur diskriminiert, um den wahren Sachverhalt zu verdecken:

Die verheerenden Folgewirkungen in Deutschland dauern bis heute an, weil eine mit der Automobilwirtschaft abgestimmte Umverteilung von der Digital-Branche zur Automobil-Branche seit 1998 politische Zielsetzung unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 ist und war, die mit politisch motivierten Zerschlagungen in der Digital-Branche zu einem katastrophalen Desaster mit HARTZ IV und Agenda 2010 geführt hat. Hochaktuell ist der Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag wegen hoher Beratungshonorare im Bundesverteidigungsministerium, in dem es offensichtlich um hohe IT-Beratungshonorare für Digitalisierung geht.

Höhepunkt dieser Stellungnahme ist die sarkastische Unterstellung, dass sein Unternehmen durch die Ausrichtung des Nationalen IT-Gipfels durch das Bundesministerium für Wirtschaft geschädigt worden sei.

> **Tatsache ist**, dass durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht nur hohe Verluste entstanden sind, sondern die Existenz-Grundlage der gesamten Familie zerschlagen wurde, dass nicht nur 1 Unternehmen, sondern die gesamte Unternehmensgruppe des Zerschlagungsopfers ohne Entschädigung zerschlagen wurde und dass ab 2003 die Europäischen Congressmessen eingestellt werden mussten infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und damit der Weg frei war für einen Digital-Gipfel unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums, dass nach der Einstellung intensive und zahlreiche Bemühungen vom Zerschlagungsopfer unternommen wurden, um die Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit deutschem und europäischen Digitalgipfel zu erreichen, jedoch ohne Erfolg, **weil die politisch motivierte Zerschlagung der Europäischen Congressmessen nur eine Parallel-Veranstaltung der politisch motivierten Sippenzerschlagung seit 1998 war**. Staatsanwälte mit dem Auftrag, Umverteilungspolitik durchzusetzen, haben ganze Arbeit geleistet. **Mit Sippenhaft**. Hierfür wurde eine erdrückende und umfassende Beweislage erarbeitet und vorgelegt

Diskriminierung bezeichnet eine Benachteiligung oder Herabwürdigung von Gruppen oder einzelnen Personen nach Maßgabe bestimmter Wertvorstellungen oder aufgrund unreflektierter, z. T. auch unbewusster Einstellungen, Vorurteile oder emotionaler Assoziationen.

Diskriminierung zur Rechtfertigung von politisch motivierter Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik ist unerträglich.

Diskriminierung zur Rechtfertigung eines teuflischen Unrechtssystems:

"Ausgehebelt, ausgegrenzt, abgehängt, zerschlagen, entrechtet" ist in einem Rechtsstaat mit Wertegemeinschaft wie eine Faust in das Antlitz der Justitia !

Zu 134. > 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten gegen

Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)

> **8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens:**

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter

> **Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft**

> **Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

> **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunkperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

> **Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

> **Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft**

Die Exzesse einer äußerst brutalen Doppelzerschlagung / Sippenzerschlagung sind die Folge einer seit langem angelegten Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik, die inzwischen ein Menschenleben gekostet hat, kapitale Schäden verursacht hat und mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe aufgrund einer staatlich erzwungenen Altersarmut weitere Exzesse der sozialen und psychischen Zerschlagung wie Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Opfer kriminalisierenden Deckmantel von Erzwingungshaft / Isolationshaft u.a.m. (**Zerschlagung 4 und 5**) generiert, die das Justizopfer mit Gerichtsverfahren seit 2010 gezwungenermaßen erkennen, beweisen und so sein Lebensende trotz und wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen verbringen muss.

Nur mit Missbrauch deutscher Justiz ist dies alles möglich; dieser Missbrauch ist verfassungswidrig, Widerstand ist ein grundrechtsgleiches Recht nach Art.20 Abs.4 GG (Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist).

Eine kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz zeigt überdeutlich den Zusammenhang mit einer Sippenzerschlagung, die von einer angewiesenen Staatsanwaltschaft koordiniert wurde, wie z.B. den Zeitpunkt des Beginns mit Übergriffen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf das Justizopfer, mit Übergriffen bayerischer Verwaltung auf das Todesopfer:

Todesopfer der Sippenzerschlagung (Zerschlagung 2) ist der Bruder des Justizopfers: Wendelin Josef Ockl.

Seit 1998 musste das Todesopfer eine an Schärfe zunehmende Treib- und Hetzjagd durch das Landratsamt Tirschenreuth / Bayern und die Gemeinde Leonberg aushalten, die nach seinem Freitod in 2012 auf seinen einzigen Rechtsnachfolger, das Justizopfer, in NRW trotz Nachlassinsolvenz fortgesetzt wurde. Der Verstorbene war Inhaber mehrerer Immobilien, eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit ständigen Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen), eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen, CO²-freien Energieerzeugung.

Es geht um die Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, dessen Stammbaum bis in das 17. Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist. Der verstorbene Bruder hat die mit einer Wasserturbinenanlage betriebene Mühle in einen Bäckereibetrieb mit Wasserkraftanlage für Energieerzeugung im Jahr 1965 umgestellt und auf ausdrücklichen Wunsch und mit Unterstützung der Gemeinde ein Tourismus-attraktives Damwild-Gehege aus einer völlig verwilderten Bachlandschaft entwickelt. **Es war sein Lebenswerk.**

Der Bäckereibetrieb des verstorbenen Bruders mit über 40 Verkaufsstellen (hauptsächlich EDEKA) stand seit 1965, der Mühlenbetrieb / Lebensmittelbetrieb seit dem 17. Jahrhundert, das Damwild-Gehege seit Anfang der 1980er Jahre, jedoch das regionale **Fäkalienabwassernetz mit der Katastrophen-Pumpwerksanlage** unmittelbar daneben wurde im Jahr 2000 auf seinem Hofgrundstück trotz massiver Gegenwehr des Todesopfers rücksichtslos, ohne ein Enteignungsverfahren, mit Manipulation von Grundstücksrechten durchgeboxt und aufgezwungen. Der Bruder **wurde Opfer einer Volksjustiz**, weil seine Zerschlagung mit einem Wahlkampfprojekt, das Fäkalienabwassernetz mit der Katastrophen-Pumpwerksanlage, getarnt wurde.
> > > <http://www.damwild-ockl.de>
> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/Zertifikate.pdf>

Das lebende Zerschlagungsoffer ist einziger Rechtsnachfolger des Todesopfers.

Mit der Zerschlagung von Qualitätsbäckerei und Damwildgehege sollte der Weg für ein Wahlkampfprojekt freigemacht werden. **Wahlkampf-Projekt bayerischer Kommunalpolitik und Kommunal- und Kreisverwaltung mit staatsanwaltschaftlicher Unterstützung: Seit den 90er Jahren** hat sich der verstorbene Bruder vergeblich dagegen gewehrt, dass auf **seinem** Hofgrundstück ohne Rücksicht auf Eigentumsverhältnisse und auf Hygiene-Anforderungen seines qualifizierten Lebensmittelbetriebs **eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit periodisch auftretenden Rohrbrüchen in 5m-Entfernung** von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) errichtet wurde und betrieben wird.

Die Katastrophen-Pumpwerksanlage und ihre ständigen Emissionen waren Existenz bedrohend für den Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion).

Das zivilgerichtliche Verfahren wurde mit Schriftsatz vom 6.Juli 2016 **am Landgericht Wuppertal** (2 O 163/16) wegen Fortsetzung der Zerschlagung in NRW mit erdrückender Beweislage eröffnet:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Eine erdrückende Beweislage im Umfang von 2 dicken ELBA-Ordern (insgesamt 10 Ordner mit zusätzlicher Internet-Dokumentation verteilt) wurde in 2016 / 2017 vorgelegt bei

Bundesverfassungsgericht, Zweiter Senat 2 BvR 628/17
Oberlandesgericht Düsseldorf, 18.Zivilsenat I-18 W 48/16
Landgericht Wuppertal, 2.Zivilkammer 2 O 163/16
2 Exemplare (4 Ordner) an die **Beklagten**

Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik mit dem Exzess einer brutalen Doppelerschlagung / Sippenerschlagung ist ein Frontalangriff auf Grundrechte. Der Missbrauch der Justiz in einem Rechtsstaat durch die beklagten staatlichen Täter ist endlich abzustellen.

Das Justizopfer hat mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018 eine **neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Zerschlagung 3)** beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) eingereicht
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Kapitel 118. Bis heute teuflische Mauer des Schweigens, in besonderer Weise diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Intendanten

des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Antwort Fehlanzeige

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Politmagazine, Polittalks:

Rundfunk- und Fernseh-Sperre

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für allmächtige Verantwortung an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung,

an einer gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat,

an Schikanierung mit diskriminierenden Bescheiden,

an Misshandlung umverteilter Opfer, die von einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft auf Weisung des

Bundeskanzleramtes mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch zur JVA verschleppt werden

Beweis durch Vorlage dieser Schreiben

Kapitel 117. Bis heute teuflische Mauer des Schweigens trotz seriösem Nachweis:
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mitverantwortlich,
> seit 1998 mitverantwortlich direkt an politisch motivierten Zerschlagungen des Unterzeichners **mit nachgewiesenem Schaden von mind. 100.000 EUR**
> mitverantwortlich durch Beteiligung an teuflischer Mauer des Schweigens über gigantische Umverteilungspolitik und kriminelle Zerschlagungspolitik,
> mitverantwortlich durch Unterbindung und Verhinderung möglicher Aufklärung über die Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk war in 1997 an einer Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Justizopfers interessiert, weil für

PHOENIX, Ereignis- und Dokumentationskanal der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mit erster Sendung in 1997, Sendeinhalte und Aufgabenbereiche für Redakteure gesucht wurde. Diese verwerfliche Planung konnte aus mehrfachen Gründen nicht erfolgreich sein, weil der Kanal die Themenbreite der Europäischen Congressmessen nicht umsetzen konnte, weil der Kanal auf den Verbrauchermarkt fokussiert ist und nicht auf den Innovationsmarkt mit Innovationstransfer, sodass mit der Zerschlagung der Congressmessen der Innovationsmarkt völlig eingebrochen ist und Innovationswachstum der Digital-Branche nach USA und Fernost ausgewandert ist.

Zusätzlicher Beweis durch hochqualifizierte Zeugenaussagen.

Sieh vernetzte Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Die Opferkriminalisierungsjustiz (Zerschlagung 4 und 5) ist in vollem Gange, der Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen (DEBEKA) mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft hat sich längst (seit 2011) als Mittäter profiliert. Ein krimineller Mittäter politisch motivierter Sippenzerschlagung hat das notwendige Vertrauen eines Versicherungsnehmers unwiderruflich endgültig verloren.

Opferkriminalisierungsjustiz ist Gegenstand der laufenden Verfassungsbeschwerde. Sieh **Anlage VB-0**

Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)

Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen

Opferkriminalisierungs-Justiz

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör

im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und

Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 mit verheerenden

Folgewirkungen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

**135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen
Menschenrechten**

**21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Justiz**

**9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an
Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und
Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht**

**unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa**

**Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um
Rechtsstaatlichkeit geht!**

**Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im
Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG,
weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist**

**Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-
Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19**

Jede Rechtsanwendung verliert seine Rechtskraft, wenn Grundrechte
nicht respektiert werden. Der Unterzeichner ist Zerschlagungsopfer
politisch motivierter Sippenzerschlagung, offensichtlich bis heute
ohne jegliche Chance auf Respektierung seiner Grundrechte.
Bis heute: Totale Anhörungsresistenz trotz aller Feierei zu

**>75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg und
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen
Menschenrechten**

**aber: 21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Justiz**

**aber: 09 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an
Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und
Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht**

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

**mit extremistischer Ausuferung von staatlichen Übergriffen zu
politisch motivierter **Sippenzerschlagung**,**

**mit Todesopfer, mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter
dem Opfer kriminalisierenden Deckmantel von Erzwingungshaft oder
anderer Zwangsmaßnahmen,**

**mit kapitalen Vermögensschäden bis zu staatlich erzwungener
Altersarmut**

**trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

**Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit
geht! Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011
im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG,
wenn andere Abhilfe nicht mehr möglich ist**

**Anzuprangern ist die Opferkriminalisierungsjustiz zur
Durchsetzung einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit
Sippenhaft**

Das Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren 32 OWi 261/18 am Amtsgericht Mettmann gemäß **Anlage VB-09a / VB-09** aus Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 ist Teil in einem Opfer-kriminalisierenden Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer in 2019 **Anlage VB-09a / VB-09** der Verfassungsbeschwerde Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal auf Schreiben vom 7.Juli 2019 (Anlage VB-09, 6 Seiten liegt auch beim Bundesverfassungsgericht vor) mit Opfer-kriminalisierender Überschrift "Strafvollstreckungssache gegen Sie" mit Begründung einer nicht vorhandenen Rechtskraft in Anbetracht einer blindwütigen Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß Pkt.1

Die Opfer einer politisch motivierten Sippenzerschlagung, einschließlich von 2 Todesopfern

Zweimal politisch motivierte Todesopfer in 2 Generationen mit kapitalen Vermögensschäden, 2 Tote zu viel

> das NS-Opfer in 1945 (Vater),
> das Zerschlagungsopfer einer Volksjustiz der NS-Nachfolge-Generation in 2012 (Bruder) und
> das noch lebende Zerschlagungsopfer (Unterzeichner)
haben alle ein herausragendes Lebenswerk, sogar mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in und für Deutschland und Europa vorzuweisen und waren keine Regime-Gegner seit 1998, wohl aber Regime-Gegner seit 1932.

Das Zerschlagungsopfer und seine Sippe hatten auch ein NS-Opfer, das nie Hitler-Fan gewesen ist wie Graf von Stauffenberg. Aber: Die Väter der Schuldigen seit 1998 (Zerschlagung 2) waren NSDAP-Parteimitglieder.

Der Bruder des Zerschlagungsopfers wurde von der nachfolgenden Generation dieser NSDAP-Parteimitglieder mit Unterstützung durch skrupellose Staatsanwälte seit 1998 in den Tod getrieben. Sein Unternehmen und sein Anwesen wurde in eine Zerschlagungsrueine verwandelt. Kein Weiter so! Erdrückendes Beweismaterial wurde in der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Nachweis der Sippenzerschlagung seit 1998 angeliefert.

Opfer-Kriminalisierung war eine verruchte Methode der NS-Justiz, um Regime-Gegner des Nationalsozialismus zu erledigen. Das heutige Zerschlagungs- und Justizopfer war 3 Jahre alt, als **Graf von Stauffenberg sein Hitler-Attentat im Führerhauptquartier "Wolfsschanze" ausgeführt hat.** Dabei waren **Graf von Stauffenberg und seine Helfer** nicht die einzigen, die sich gegen die Nationalsozialisten auflehnten: Widerstand kam aus allen sozialen Schichten und fast allen politischen Richtungen.
Sieh Verfassungsbeschwerde Seite 26.

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Sippenhaft war eine verruchte Methode der NS-Justiz, um einen besonders hohen psychologischen Druck auf die Zerschlagungsopfer auszuüben.

Heimtückische Sippenhaft heute, Heimtücke scheinbarweise aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens, ist eine kriminelle Steigerung gegenüber der NS-Justiz. Der Vergleich mit der NS-Justiz ist unvermeidbar, um die Schwere der Kriminalität aufzudecken.

Opferkriminalisierung heißt, das Opfer wird verantwortlich gemacht für **21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungsjustiz unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, ohne sich wehren zu können. Eine skrupellose Justiz (Staatsanwaltschaft) verschanzt sich hinter Rechtskraft, Bestandskraft und "Wer-weiß-noch-Kraft", obwohl jede Rechtsanwendung ohne Respektierung von Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten und Europäischen Menschenrechten überhaupt keine Kraft hat.**

Zwei politisch motivierte Todesopfer in 2 Generationen politisch motivierter Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden sind **2 Tote zu viel: Das sind keine Schicksalsschläge, sondern das Resultat aus Missbrauch deutscher Justiz für Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten.**

Schadenersatz ohne Ausrede und öffentliche Rehabilitierung und kein Weiter so in einem Rechtsstaat mit Rechtsschutz.

Mit Wahrheit 1 bis Wahrheit 23 gegen eine Mauer des Schweigens im Schriftsatz vom 02.Jan. 2019:

Wer verantwortlich ist für eine gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen inklusive HARTZ IV und Agenda 2010, sollte sich einer Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten nicht versagen.

Wiederholung des Antrags auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten sowie weiterer Antrag auf Immunitätsaufhebung sind zutiefst begründet,

Antrag auf öffentliche Stellungnahme zu

Wahrheit 01 bis Wahrheit 23 inklusive: Bittere Wahrheiten einer politisch motivierten Sippenzerschlagung.

Bis heute: Leider Fehlanzeige.

Neuer Antrag: Antrag auf Verurteilung der Beklagten, die sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 durch Weisung an die Staatsanwaltschaft zu veranlassen.

Velbert, Velbert, 08.Aug.2019



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen in diesem Schriftsatz

Anlage VB-10

Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15

(Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am

Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf

Begründung

nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für

den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz

vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin

(10.Aug.2017).

Anlage VB-11

Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der

Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16

(Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit

> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 77)

> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017

> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage VB-0

Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)

Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör

im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und

Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Anlage VB-12

Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer

kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum

Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts

Mönchengladbach)

Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der

Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth in staatsanwaltschaftlicher Orgie von

Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß

Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16.Zivilkammer des Landgerichts

Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht

Velbert) mit Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs,

weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach

ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht

Wuppertal aufgeräumt hat.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 34)

Anlage VB-09 im Schriftsatz vom 15.Juli 2019 mit **Zurückweisung**

jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer

kriminalisierenden Justizverfahren mit beiliegender Mahnung

gemäß Anlage LGW-2019-18b der Verfassungsbeschwerde gemäß

Anlage VB-0

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan.2019

Anlage VG190102-01

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018

Anlage VG181126-01

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und mit Ablehnungsgesuch gegen die

Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 42)

Anlage VG181126-02

Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018

Anlage VG181002-01

Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitation und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter) mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwidern des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Scroll down after link (page 204)

mit **Anlage VG180928**

Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018 Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt" an ARD

> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR

> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur

> Chefredaktion ARD-aktuell

> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"

an ZDF

> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF

> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF

> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien

und **Anlage Presseinformation Nr.8**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018

Anlage VG180908-01

Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Anlage VG180908-02

Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**

Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)

Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung

zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018

Anlage VG180730-1

Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland vom 25.Juli 2018 in Kopie an

Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018

Anlage VG180620-1

Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

vom 10.Juni 2018 in Kopie an

**Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)**

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Mai 2018:

Anlage VG180505-3

Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

wurde in Kopie versandt an

EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:

Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb

Viviane Reding, EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6

Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18. April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur **Sippenerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Anlage VG180505-7

Schreiben vom 24. Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Horst Lorenz Seehofer**

**Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU**

mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03

Schriftsätze an die 27. Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05. Jan. 2018 und vom 18. Feb. 2018 (gesamt 21 Seiten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04

Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15. März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12. März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11. Dez. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland,

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress Teilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

**„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der
Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“**

**„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und
Hafen“**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission**

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,

Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8

über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)

"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem
designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft:
Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit
Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven
Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie
Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer
Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung
eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine
Versicherungsleistungen mehr erbringt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen
Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden
von mindestens 100.000 €

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen
Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur
Zerschlagung 5

Extremistische Ausuferung von schikanierenden
„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag
auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017

Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:

Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:

Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:

Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:

Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:

Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017

Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.

Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :

mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)

Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert) wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtllichem Gehör zu einer eskalierten
Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen
Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders
in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines

einigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,

vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach

politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge

mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage DOK-03-0

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der
Bundesrepublik Deutschland**

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Anlage DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir
heute besonders dringend"**

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische
Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Anlage DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger
Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen**

zusammen wie Hamburg und Hafen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage DOK-03-4

**Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Böttch**

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Anlage DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Anlage DOK-03-6

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission**

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-03-7

**Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92**

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8

24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Programm Broschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

Anlage DOK-03-9

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-04-1

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001

Anlage DOK-04-2

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002

Anlage DOK-04-3

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003

Anlage DOK-04-4

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach
Einstellung der Congressmessen

Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Anlage DOK-04-5

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach
Einstellung der Congressmessen

Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05

Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung
für Opfer extremistischer Übergriffe

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:

Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1

Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche

> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980

Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress

Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal

Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal

Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD

in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich

1976-1979 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal

ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen

Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse

1980-1984 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Keynote Speaker > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>

ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf

3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990

ONLINE'81 Düsseldorf

4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'82 Düsseldorf

5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'83 Düsseldorf

6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation

ONLINE'84 Berlin

7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMM'84 Essen

Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer

1985-1987 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Keynote Speaker > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>

ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen

8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse

2.Deutsche Kommunikationsfachmesse

ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen

10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren

4.Europäische Congressmesse für Technische Automation

1988-1991 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5>

Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>

ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2

Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000

ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresses für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>
 ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und ...Firmensymposien
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 2000-2003 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>
 ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
 ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
 25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in
Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und
2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in
elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3

**Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-
Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung
(politisch motivierte Zerschlagung)**

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3

**Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der
ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der
ONLINE 96 in Hamburg**

Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS- Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines
qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung
im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten
Staatwirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf>

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf>

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf>

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf>

Anlage 3.55:

Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf>

Anlage 3.56:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf>

Anlage 3.57:

Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf>

Anlage 3.58:

Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf>

Anlage 3.59:

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005**Anlage 3.61:**

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Anlage 3.62:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche**Anlage 3.71:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Anlage 3.72:

Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf>

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf>

Anlage 3.74:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

**3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt****Anlage 3.81:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des
Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Anlage 3.82:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf>

Anlage 3.83:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf>

Anlage 3.84:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf>

Anlage 3.85:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf>

Anlage 3.86:

Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom
11.01.2010 -

Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf>

Anlage 3.87:

Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-
Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf>

Anlage 3.88:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

**3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten****Anlage 3.91:**

Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und
des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige
Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93:

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.94

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.95:

Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 3.96

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
**Hilfesauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Auftrag ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
**Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und
Justiz-Skandal**
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlage 4.01:

Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv

Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)

Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller

Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):

Congressband I Telekommunikation & Netze 2000

Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking

Congressband III Enterprise Networks & Call Centers

Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management

Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business

Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML

Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management

Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing

Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale

Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr

Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen

Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse

Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:

ONLINE Congressbände 1976-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb) infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.

5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014

5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014

5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566) zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie

Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015

Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE'84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor Dr. Günter Rexrodt

Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE'96 in Hamburg

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Legende mit Kapitelnummerierung

Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolgreiche Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung

Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes

Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter

13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben

Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung

Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.

14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:

Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .

das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung

wird behindert?

16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,

Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,

Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG

Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014

17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:

Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung. Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.

Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.

18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.

Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.

In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.

19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung

Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz

Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:

Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers

mit dem weltweit größten Congressangebot

mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten

mit flächendeckender Besucherwerbung und

mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung

Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann

21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:

Professionelle Dokumentation

hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form

auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft

Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014

22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen

Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus

Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt

23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.

Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.

Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:

Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)

Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung

Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher

Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal

nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014

Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014

26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind , weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato

gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird

Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“

27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2a der Beklagten)

Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?

Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?

Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2b der Beklagten)

Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:

Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit einem professionell operierenden Unternehmen, mit einem exzellenten Lebenswerk, mit ansehnlichen Altersrücklagen

Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“

29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum

Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000

März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte Kommunikationsverweigerung zu erreichen

Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt

Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei

Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert

Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren

Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA

Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.

Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalter mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)

30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)

Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar

Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25

Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend: Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?

32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:

Was wird denn eigentlich beklagt?

Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur

> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch

> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität

33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:

Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger

Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:

Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden

35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers

Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird

36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist

sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen

Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG

Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden

2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)

38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG

Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung

39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG

40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato, an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte), ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.

Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014

Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011

41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten

Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert

Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .

Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >

daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation

42. Rechtsmittel der Beschwerde

im Rahmen des Prozesskostenhilfverfahrens

an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können

Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO

44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)

Mit Recht zurückzuweisen:

Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000

45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:

Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen

nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung

46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente

Rehabilitation unverzichtbar, weil

nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,

sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind

47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitation.

Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen 13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)

48. Rehabilitation durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:

Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution

Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen

International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen

49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und

Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitation

Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami

Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)

Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei

Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)

51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:

Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert

53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)

**„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“**

54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa

55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus

56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .

57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . .und abschließender Rehabilitierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats

Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)

58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung

59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG

60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung

anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen

Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar

61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen

Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen

62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als

Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können

63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution

Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll

Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung

64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:

> Schläge in das Antlitz der Justitia

> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention

> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend

> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden

> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung

65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen

Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)

66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:

Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.

Situationsanalyse März 2017 mit

Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann

Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz /

Staatshaftung

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf

deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene

Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf

deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene

Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten

Bundesregierung (Zerschlagung 1) und

unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)

und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Klärer)

(Zerschlagung 4) und

wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)

und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, aus Deutschland, Europa und weltweit Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlichtung von Congress Themen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt. Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, siehe Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3

Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei (1992) Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000

Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten

Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.

73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe, Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung

Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO

Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können

Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang

Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu

Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen

Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist

Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte

Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte

Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar

Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)

für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)

mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)

Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in

Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers,

Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige

Landgericht

Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)

Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch

79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz

1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung

3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen

80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für

digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission

Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile

Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch

Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 107)

**Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des
Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am
31.08.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017**

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-
Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller
Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-
Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib- und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven
Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanie mit
rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch
von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 144)

**Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer
Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit
Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017**

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch
motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose,
diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen
Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen
Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtllichem Gehör zur staatlich
erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung
seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem
weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen
Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für
herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote
Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 178)

**Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme
zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld
nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000
EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten,
Zinsen, Gebühren . . .**

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
**Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte**
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von
rechtllichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter (Zerschlagung 5) für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden, für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4) für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge, für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2) für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung, für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre) auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forciertes Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &

Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter

Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren:

Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.

Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als

Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel

von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:

zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:

Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken

Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender

Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:

Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG

Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, siehe Anlage 18-01

Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, siehe Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung

Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer **schleichenden Staatskrise**, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird

Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.

98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht mit politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenerschlagung mit **Todesfolge**

mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit

durch gegenseitige Amtshilfe

durch gegenseitige Regierungshilfe

durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner

durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem **nachgewiesenen**

Mindestschaden von 100.000 €

Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13

mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer

Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner

Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach **Antrag auf Härteleistung** für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zur Sippenzerschlagung **mit Todesopfer**

seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte

Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung

mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!

103. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung

für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen

104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher

> Erinnerung an Umsetzung von

angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und

professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks

105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch

brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde

Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:

Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von

gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge

von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes

Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und kapitalen Vermögensschäden

Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)

Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe:

Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und

mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW

"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen

Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem

Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne

Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen

mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in

Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig

Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:

Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch

von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften

trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland,

Europa und weltweit

108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von

"Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter

Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder

seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche

Oberpfalz / Bayern)

Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst

abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit

Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit

Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders.

Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält

Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,

vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe **mit Verlust eines Menschenlebens**, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers

110. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung

für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 180)

Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten

111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden

Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)

Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz

beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat,

psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen

Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 243)

Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten

112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des

Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit

ausführlicher Darstellung im

ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten

Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften
113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 285)

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort

114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998
Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellen Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten
Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:
Bundespräsident schweigt
Bundeskanzlerin schweigt
Freistaat Bayern schweigt
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt
Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik
trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers
116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens mit Zerschlagung der bayerischen Heimat mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft, mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.

118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken bauen? Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt

Zerschlagungsopfer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verantworten hat!

Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine Härteleistungen für Zerschlagungsopfer?

Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:

Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005

Vergangenheitsbewältigung einer pervertierten, personalisierten Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar

Pervertierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000

zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik

zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden

120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperre weitere Aufklärung

Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung

Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser

Staatsanwaltschaft

Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz

Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu ungeheuerlichen Vorgängen

politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:

abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz
zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat
> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher
Verfassungsbeschwerden (Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne
Begründung)
> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht für
Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen
und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage
> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte
Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für Justiz
mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach Antrag durch das
Zerschlagungsopfer
> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut
mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonten und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von **politisch
motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit
kapitalen Vermögensschäden**
> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und
psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und
psychischer Folter
> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu Anträgen auf
Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen Sozialabgaben
> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen, zur
Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen
Sicherheit
> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von
Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen
> > > **Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**
> **Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten
angemahnt im Interesse des Rechtsstaates**

122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe zu
sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!
Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden Generation
im Deutschen Bundestag
Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen
Zwangsmassnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt zeitnahe
Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe
Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer extremistischer
Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von Beitragsrückständen von
Sozialversicherungen (DEBEKA)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>
Scroll down after link (page 66)

**Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf
öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter
Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe
Härteleistungen**

123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!

Fehlanzeige: Antwort auf
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen
124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach
beantragt: Stellungnahme und Zeugnis
des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier
als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005
Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingefordert
Sieh Presseinformation

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!

Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:

Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005

Gegen eine Mauer des Schweigens:

> *Deutscher Bundespräsident schweigt*

> *Bundeskanzlerin schweigt*

> *Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt*

> *Freistaat Bayern schweigt*

> *Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt*

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zur

bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit

psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,

soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des

Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche
Stellungnahme des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 125)

**Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf
öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter
Sippenzerschlagung, mit Antrag auf Immunitätsaufhebung, mit
wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen**

125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!

Fehlanzeige, weil keine Antwort zu

wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine

Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und

hiermit gerichtlich beantragt

ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten

Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft

126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch

motivierten Zerschlagungen seit 2000

Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit

dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32

Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere

100.000 Congressbände

Profiteure der Zerschlagung:

Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF

Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt

Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche

Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine

Vergangenheitsbewältigung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 181)

Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für

politisch motivierte Sippenzerschlagung

mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,

Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften

unter Weisung von

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.

Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur

Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten

wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik,

wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden

Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung

Perverser Missbrauch deutscher Justiz

für soziale und psychische Zerschlagung

Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften

hier in Kumpanei mit

Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:

Zerschlagungsoffer wird zum Täter gemacht

im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und

mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsoffer

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung von

Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto

mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 242)

Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens mit

wiederholtem Antrag auf

Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) für

Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998

(20 Jahre bitteres Unrecht)

Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

130. Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz

131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft gedeckt mit Mauer des Schweigens

unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:

Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?

Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?

Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?

Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?

Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 296)

Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.

132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens

Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2.Jan.2019

mit wiederholter Erinnerung

an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitation, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheinbar bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitation !
Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitation und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann

Derart skandalös: Warum?

Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft

Politisch motivierte Zerschlagungen

nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter

Zerschlagungsopfer musste

scheinbar die ganze Wahrheit ausgraben

gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer

Rehabilitation ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht
Staatliches Unrecht ist das Resultat einer

kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998

mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger

Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter

134. > 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten gegen

Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)

> 8 Jahre Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz vor dem

Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens:

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter

> Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft

> Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft

> Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen, Rundfunkperre und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft

> Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft

> Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft

135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg

70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten

21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz

9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit geht!

Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist

Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>